

# ROHSTOFFE für eine gerechte Welt



Sonderdruck

Herausgegeben vom Aktionsbündnis Rohstoffe für eine gerechte Welt

Juni 2007

## Profitstreben schadet allen

Rohstofflöse müssen zu einer gerechten Welt beitragen

Stellen Sie sich vor, die Rentenbeiträge wären niedrig, Gesundheitsvorsorge und Erziehungswesen sehr gut und erschwinglich. Dafür sorgt der Staat, weil er dank seines Rohstoffreichtums über genug Einnahmen für die soziale Absicherung der Bevölkerung verfügt. Dies ist nicht bloß ein frommer Traum, sondern bereits Wirklichkeit: in Norwegen. Dort fließen die Öleinnahmen in den Pensionsfonds und sichern langfristig niedrige Sozialabgaben.

Über 50 Entwicklungsländer exportieren große Mengen wertvoller Rohstoffe. Die Weltwirtschaft ist auf sie angewiesen. Ohne Coltan aus dem Kongo würden Handys nicht funktionieren, Diamanten schmücken nicht nur die High Society und ohne Erdöl stehen alle Räder still. Rohstoffe sind die Treib- und Schmierstoffe unserer Wirtschaft. Aber für viele Länder des Südens ist Rohstoffreichtum nicht Quelle staatlicher Wohlfahrt, sondern ein Fluch: reguläre Ökonomien brechen zusammen, das staatliche Gewaltmonopol wird untergraben. Durch üppige Rohstoffvorkommen „rechnen“ sich Bürgerkriege in Afrika.

Die Rohstoffförderung bringt meist wenig für die wirtschaftliche Entwicklung im Förderland. Mächtige internationale Firmen haben die Ausbeutung der Rohstoffe fest in der Hand und diktieren ihre Bedingungen. Die profitable Weiterverarbeitung der Bodenschätze findet selten im Herkunftsland statt. Oft fehlt den Einheimischen die Qualifikation für die angebotenen Jobs. Trotzdem kommen sie in großer Zahl in die Förderregionen, in der Hoffnung auf Arbeit. Land und Wasser werden knapp, soziale Konflikte entstehen.

Die direkt Betroffenen können ihre Interessen bei der Planung von Projekten nicht einbringen. Wenn ihre Umwelt zerstört wird, können sie ihren Anspruch auf Entschädigung nicht geltend machen. Korruption und die Veruntreuung großer Summen rund um Rohstoffgewinnung sind an der Tagesordnung. Die Firmen fühlen sich meist für all das nicht verantwortlich. Hinter schönen Hochglanzbrochüren verbirgt sich viel zu oft eine sehr schwache Unternehmensverantwortung für Menschenrechte, für Umweltschutz und Gewaltprävention. In Kriegssituationen fördern skrupellose oder gedankenlose Unternehmen die Verflechtung von legaler und illegaler Wirtschaft. Die kriminelle Schattenwirtschaft bekommt Zugang zu Vertriebswegen, zu Finanzinstitutionen und zu Kunden - zum langfristigen Schaden der Wirtschaft

gement der direkt betroffenen Menschen und ihrer Organisationen. Gemeinsam arbeiten wir dafür, dass die Politik und die Wirtschaft die Zivilgesellschaft als unverzichtbaren Akteur ernst nehmen, gerade auch in zerrütteten Staaten. Die Betroffenen müssen Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung von Vorhaben zur Rohstoffausbeutung bekommen und an dem daraus geschöpften Wohlstand teilhaben. Das ist ein Schlüssel für die Lösung sozialer und politischer Konflikte.

Heute – noch weit entfernt von dieser Utopie – unterstützen wir unsere Partner zunächst bei der Wahrung ihrer Rechte. In enger Kooperation mit Kirchen und Basisorganisationen vor Ort dokumentieren die Mitglieder des Bündnisses „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ Menschenrechtsverletzungen und ökologische Zerstörung. Wir finanzieren Rechtsberatung für Betroffene und ihre Mitarbeit in internationalen Lobbykampagnen. Dort können sie selber Regeln für Abbau und Handel durchsetzen und sorgen für größere Transparenz in ihren Ländern. Oft genug geraten die Betroffenen, bzw. ihre Vertreter dabei in große Gefahr, werden eingeschüchert, verhaftet und gefoltert – und beweisen dennoch Mut und Standhaftigkeit. Im Wissen um unseren Beistand. Das zeigt Wirkung.

Auch in der globalen Politik und Wirtschaft ist mittlerweile angekommen, dass rücksichtsloses Profitstreben letztlich allen schadet. So ist Bestechung



Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“

### „Für ökologische und soziale Mindeststandards“

Bundeskanzlerin Merkel hat dem Bund der Deutschen Industrie – BDI – auf dessen Rohstoffkongress im März 2007 ausdrücklich die Unterstützung der Bundesregierung bei der



Foto: Bundesbildstelle

„Rohstoffvorhaben der deutschen Wirtschaft im Ausland“ zugesichert. Sie hat in dieser Rede aber auch festgestellt: „... gerade viele Entwicklungsländer sind reich an Ressourcen. Wenn wir uns aber anschauen, wie Rohstoffabbau dort erfolgt, dann wissen wir, dass dies oft Raubbau ist. Die Gewinnung von Rohstoffen ist dort leider auch oft mit Umweltschädigung und zum Teil mit bewaffneten Konflikten in den jeweiligen Förderregionen verknüpft. Wir setzen uns für ökologische und soziale Mindeststandards ein. Es hat ja keinen Sinn, dass wir hinterher die ökologischen Schäden mit der eigenen Entwicklungshilfe wieder gutmachen, die vorher beim Abbau von Rohstoffen entstanden sind.“



„Die Weltbank soll die Verantwortung für ihr Scheitern bei der Armutsbekämpfung, beim Schutz der Ureinwohner und der Umwelt übernehmen und angemessen reagieren. Sie muss aus ihren hier gemachten Fehlern lernen und sie bei anderen Großprojekten der Rohstoffförderung vermeiden. Die Weltbank-Dekade für Afrika darf nicht zum Hohn werden.“

Erzbischof Desmond Tutu, Südafrika, zum von der Weltbank geförderten Tschad/Kamerun Erdölprojekt.

und Politik im Norden, die sich diesen ‚Schatten‘ dann nicht mehr vom Halse halten kann.

Rohstofflöse müssen zu einer gerechteren Welt beitragen. Im Interesse aller Beteiligten. Aber dazu bedarf es Einsicht und Veränderung auf vielen Ebenen. Die im Bündnis „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ zusammengeschlossenen Organisationen stützen das Eng-

– auch im Ausland begangene – in Deutschland seit 1999 endlich gesetzlich verboten. Bestechungsgelder können nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Der Handel mit Blutdiamanten konnte mit dem Kimberley-Prozess eingedämmt werden. Die Initiative zur Transparenz von Zahlungsflüssen im Bergbau- und Erdölsektor (EITI) hat an

Fortsetzung: Seite IV



Bundespräsident Horst Köhler im Gespräch mit Alpha Oumar Konaré, Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union (AU)  
Foto: Wolfgang Kumm, dpa

Interview mit Bundespräsident Horst Köhler

## Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Zertifizierung

Welchen Beitrag können die Industrieländer leisten, damit die Förderung von und der Handel mit Rohstoffen zu Afrikanischer Entwicklung beiträgt?

**Bundespräsident Köhler:** Afrika hat nicht zuletzt die weltweit steigende Rohstoffnachfrage die reelle Chance, im Kampf gegen die Armut echten Fortschritt zu erzielen. Das setzt aber voraus, dass die Einnahmen aus afrikanischen Rohstoffvorkommen zu einem viel höheren Anteil der Entwicklung in Afrika selbst zugute kommen. Hier tragen auch wir im Norden große Verantwortung. Es muss uns – und nicht zuletzt die internationalen Finanzinstitutionen – beschäftigen, wenn Wachstum in Afrika nur wenigen dort zugute kommt. Dazu gehört auch die Aufgabe, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, eine verarbeitende Industrie aufzubauen und dadurch Arbeitsplätze in Afrika zu schaffen. Wir brauchen also Investitionen, die den Aufbau eigener Wertschöpfung in Afrika unterstützen. Daneben muss verhindert werden, dass der Abbau von Rohstoffen zu Erosion und Umweltbelastungen führt, die die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung schädigen. Die Zertifizierung von Holz muss vorankommen, um illegalem Holzeinschlag entgegenzuwirken. Es muss Transparenz über Finanzströme beim Rohstoffabbau geschaffen werden. Zum Beispiel sollten sich alle ölproduzierenden und ölver-

brauchenden Länder der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) anschließen. Und der Beteiligung an Korruption von Akteuren aus Industrieländern muss dieselbe Aufmerksamkeit gewidmet werden wie der Korruption in Afrika selbst.

Warum tut sich die Politik so schwer, rechtsverbindliche Regeln für Unternehmensverhalten zu schaffen?

**Bundespräsident Köhler:** Ich glaube, dass wir mit den bestehenden Initiativen, vor allem mit dem Global Compact der Vereinten Nationen und den OECD Guidelines for Multinational Enterprises, den grundsätzlich richtigen Ansatz definiert haben. Die Unternehmen verstehen zunehmend, dass die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards und eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung auch ihnen nützt: Ohne Sicherheit und Stabilität sind Investitionen nicht nachhaltig. Jetzt geht es darum, dass diese Prinzipien mehr und mehr umgesetzt werden. Insgesamt sind wir in den vergangenen Jahren in der Korruptionsbekämpfung einen guten Schritt vorangekommen. Seit der Ratifizierung der OECD-Konvention zur Korruptionsbekämpfung steht in Deutschland die Bestechung ausländischer Beamter und Richter unter Strafe. Die Bekämpfung der internationalen Korruption muss aber noch stärker und in allen Ländern in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Besonders wichtig ist, dass alle G8-Staaten, darunter auch Deutschland, die UN-Konvention zur Korruptionsbekämpfung ratifizieren. Bei der Korruptionsbekämpfung darf es keine Doppelstandards geben. Wie soll Vertrauen entstehen, wenn ich etwas fordere, mich selbst aber nicht daran halte.

Sollte sich die Förderpolitik der Internationalen Finanzorganisationen auf erneuerbare Energien konzentrieren?

**Bundespräsident Köhler:** Eine stärkere Konzentration auf erneuerbare Energien ist ohne Frage angezeigt. In Fortsetzung: Seite IV

## „Im Schatten des Bohrturms“

ein Aktions- und Informationsstand beim 31. Evangelischen Kirchentag in Köln (6. Juni bis 10. Juni 2007) – Halle 2.2.

Im Schatten der Bohrtürme und der Bagger geschehen schreckliche Dinge.

Es wächst aber auch Hoffnung. Menschen engagieren sich für den Schutz ihrer Umwelt und für eine Verwendung der Einnahmen aus der Ressourcengewinnung für nachhal-



tige Entwicklung. Dabei müssen sie unterstützt werden. Wie Deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen dies tun, stellen sie mit Ausstellungen, multi-medialen Präsentationen, Gesprächsrunden und Aktionen dar.

Programm: Seite IV



Problem-Anzeige

## Bitterer Kakao

Seit 2002 schwelt ein Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste. Ausgerechnet der leckere Kakao spielt dabei eine fatale Rolle. 40 Prozent des weltweiten Angebots an Kakao kommt aus der Elfenbeinküste. Sie bezieht hieraus ein Drittel der Exporteinnahmen. Präsident Gbagbo finanziert so den Kauf von Waffen und bezahlt ausländische Söldner. Aber auch die Rebellen schöpfen Rahm vom Kakao – die Bauern müssen ihnen Geld abgeben – für ihre Kriegsführung. Bitter!

### Ein neuer Goldrausch

Seit den 1980er Jahren wird wieder verstärkt Gold abgebaut, 70 Prozent davon in Entwicklungsländern. Dies geschieht vielfach auf dem Siedlungsgebiet von Indigenen oder Ureinwohnern. Weltweit sind es jährlich 2.500 Tonnen. Spitzenreiter ist Südafrika, aber neben den USA und Australien sind auch China, Peru, Indonesien, Ghana und Papua Neuguinea wichtige Förderländer. Der Großteil wird von multinationalen Konzernen abgebaut, nur ein kleinerer Teil ist in der Hand einzelner Goldsucher.



Hinterlassen werden Mondlandschaften – und enorme soziale und ökologische Schäden.  
Foto: Cornelia Heydenreich, Germanwatch

### Der „moderne“ Goldabbau

Heute steht kaum noch jemand wie in Wild-West-Filmen mit einem Sieb im Fluss und wäscht Gold. Auch die meisten unterirdischen Goldminen sind bereits ausgebeutet. Zwei Drittel des Goldes wird heutzutage im Tagebau gewonnen. Zurück blei-

ben Mondlandschaften – und enorme soziale und ökologische Schäden. Großflächig werden die obersten Erdschichten abgetragen. Das gelockerte Gestein wird gemahlen und mit einer verdünnten Zyanidlösung beträufelt, um die Goldspuren herauszulösen. Es gibt zwar verträglichere Methoden. Multinationale Firmen setzen aber meist auf die hochgiftige Variante mit Zyaniden. Manche Minen

verbrauchen täglich mehrere Tonnen des hochgiftigen Zyanids. Bereits wenige Gramm können tödlich wirken. Zur Gewinnung von einer Unze Gold (28,45g) werden durchschnittlich 79 Tonnen Gestein dieser Prozedur unterzogen. Immer wieder kommt es zu Lecks und Zyanid gelangt in die

Flüsse – was die Firmen gerne verheimlichen.

### Zyanid-Unfälle sind nicht das einzige Problem

Die häufigste Wasserkontamination entsteht jedoch durch saures Gestein. Durch den Goldabbau gelangen Sulfide an die Oberfläche, die mit Luft und Wasser zu extrem sauren Schwefelsäuren reagieren und giftige Substanzen aus dem Boden lösen, z.B. Arsen, Quecksilber oder Blei. Eine vorherige Untersuchung kann dies verhindern, aber in der Praxis wird diese kostspielige Maßnahme bislang selten ergriffen. Zudem sind viele Flüsse im Zuge des Gold-Tagebaus versiegt. In Peru ist Wasserknappheit der Grund für 60 % der Konflikte im Bergbaubereich.

### Lebensgrundlagen werden zerstört

Im kapitalintensiven Tagebau erledigen Maschinen die Hauptarbeit. Der Goldbergbau schafft für die lokale Bevölkerung daher kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Und weil das Ackerland dem Bergbau zum Opfer fällt oder weil verseuchter Abraum auf landwirtschaftliche Nutzflächen gekippt wird, zerstört er auch noch die Lebensgrundlage der Menschen. Manche Dörfer werden umgesiedelt, aber häufig nicht mit angemessenem Ersatzland ausgestattet. Andere erhalten ein bisschen Bargeld als Entschädigung, z. B. sieben Dollar für einen Kakaobaum, der innerhalb eines Jahres dem ghanaischen Kleinbauern Früchte im Wert von 35 Dollar bringen würde.

### Auch der Staat trägt Verantwortung

Viele Regierungen von Entwicklungsländern haben auf Druck von IWF und Weltbank die Bergbauindustrie privatisiert und Gesetze gelockert. Umweltbestimmungen litten und die Steuersätze wurden gesenkt. Von den Lizenzgebühren, die der Staat von den Firmen kassiert, soll ein Anteil an die betroffene Region fließen. Doch häufig verschwinden die Gelder im Staatsapparat, die Gemeinden vor Ort gehen leer aus.

### Wofür brauchen wir Gold?

Auch wer kein Goldkettchen besitzt, trägt heutzutage Gold mit sich umher – z. B. mit einem Handy oder einem Laptop. Das bedeutet Mitverantwortung für die Abbaubedingungen im Goldbergbau. Allein für die Gewinnung der 0,034 Gramm Gold in jedem Handy entstehen 100 Kilogramm giftiger Abraum. Bei geschätzten 630 Millionen Handys weltweit im Jahr 2005 sind das 21 Tonnen Gold. Die Elektronikindustrie hat einen Anteil von gut zehn Prozent am weltweiten Goldbedarf. Ein Drittel des Goldes ist in den Banken als Goldbarren eingelagert. Der überwiegende Teil des Goldes wird jedoch weltweit für Schmuck verwendet.

### Was wird getan – was kann ich tun?

Konsumenten sind in der Regel nicht direkt im Kontakt mit den Bergbauunternehmen. Die sind meist in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Selbst die Schmuckhersteller kennen kaum die

Quelle ihres Goldes. Deshalb versuchen NGO-Kampagnen auf Unternehmen Druck auszuüben wie „No dirty gold“ von Oxfam und Earthworks in den USA, der sich in Deutschland u.a. die Organisation FIAN angeschlossen hat. Inzwischen sind die ersten Schmuckhersteller bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Und einige Bergbauunternehmen haben sich freiwillig zu bestimmten Standards verpflichtet, u.a. den zwölf „Golden Rules“. Aber dies erfasst noch nicht alle Unternehmen und die Umsetzung ist mangelhaft. Verbindliche Regelungen fehlen, auch für die finanzielle Förderung von Goldabbauprojekten durch die

### PUBLISH WHAT YOU PAY

„Publish What You Pay!“ heißt die zivilgesellschaftliche Kampagne mit der Firmen und Regierungen zur Veröffentlichung aller Zahlungen im Rohstoffsektor bewegt werden sollen. Wenn die Geldströme transparent werden, wird es für die betroffenen Menschen leichter, demokratische Kontrolle über diese Mittel auszuüben.

[www.publishwhatyoupay.org/deutsch/index.shtml](http://www.publishwhatyoupay.org/deutsch/index.shtml)

internationalen Finanzinstitutionen. Aber auch Konsumenten können etwas tun: Das Handy mehrfach nutzen, den Laptop aufrüsten statt einen neuen zu kaufen und ihn schließlich ordnungsgemäß recyceln. Die größten Goldreserven schlummern jedoch noch immer in den Safes der Banken, dabei werden Währungen heutzutage gar nicht mehr mit Gold gesichert.

Cornelia Heydenreich, Germanwatch

## Blood Diamonds – Edelsteine mit hohem Preis!

Trotz seiner reichhaltigen Ressourcenvorkommen gehört Sierra Leone heute zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Erde. Erst vor fünf Jahren endete hier ein langer, zermürbender Bürgerkrieg, zu dessen Austragung und Dauer Diamanten wesentlich beitrugen.

In den Abbaugebieten im östlichen Sierra Leone, genauer in der ca. 2700 km<sup>2</sup> großen Region um Kono, ist der Diamantenabbau und seine Spuren in einer grünen Kraterlandschaft allgegenwärtig. Die meisten der

### Konfliktdiamanten

Konfliktdiamanten werden Rohdiamanten genannt, die von Rebellen Gruppen zur Finanzierung ihrer militärischen Aktivitäten sowie zum Kauf von Ausrüstung und Waffen genutzt werden. Diese dunkle Seite des Edelsteinhandels wurde Ende der 1990er Jahre durch grausame Kriege und Konflikte in Afrika – etwa in Sierra Leone, Angola und der Demokratischen Republik Kongo deutlich.

hier Beschäftigten fördern Diamanten in extrem anstrengender Handarbeit. Sand und Gestein werden aus bis zu zwanzig Meter tiefen Gruben hervorgeholt und dann in Sieben gewaschen. Tagelöhner im Kono-Distrikt schufteten im günstigsten Fall für umgerechnet ein bis zwei Dollar pro Tag.

Andere Diamantenschürfer bekommen keinen festen Lohn, sondern erhalten sogenannte „Unterhaltszuschüsse“ (subsistence allowance), die in Naturalien und / oder Bargeld begeben werden. Dazu kommt, dass ihnen ein Anteil am Verkaufspreis der

Diamanten, die ihre Arbeitsbrigade gefunden hat, zusteht. Jeder dieser Arbeiter hofft auf den wertvollen Diamantenfund, der sein Leben verändert und ihn aus der Armut befreit. Doch diesen Sprung schafft nahezu niemand.

Die Umwelt der gesamten Region ist vom Abbau der Diamanten geschädigt. Die Fördergruben füllen sich mit verschmutztem Wasser und sind Brutstätten für Malaria. Eine Renaturierung der Flächen bleibt meist aus, was eine für das Land zukünftig dringend notwendige landwirtschaftliche Nutzung erschwert – und dies angesichts UN-geschätzter 80 Prozent Arbeitslosen, für die dringend alternative Arbeitsplätze geschaffen werden müssten.

Viele der 25.000 Bewohner von Kono mussten für den Diamantenabbau ihre Heimatdörfer verlassen und umgesiedelt werden. Die Entschädigung war oft unzureichend, der Bau von Ersatzdörfern gestaltete sich als langwierig und entsprach nicht immer den Bedürfnissen der Betroffenen. Insgesamt profitieren die im Fördergebiet liegenden Gemeinden nur wenig vom Diamantenreichtum. 0,75 Prozent des Exportwertes der Diamanten fließen an sie zur regionalen Entwicklung zurück. Besonders problematisch wird die Situation, wenn lokale Chiefs, die diese Gelder vom Staat verwalten, den Mittelfluss nicht offen legen oder gar in die eigene Tasche wirtschaften.

Im Kinofilm „Blood Diamond“ erklärt der Vater seinem kleinen Sohn: „Wenn der Krieg eines Tages vorbei ist, wird unsere Welt (Sierra Leone) ein Paradies sein.“ In der Tat: der Abbau der Diamantenvorkommen

kann zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und zum Wohlstand der Bürger beitragen. Doch dies ist eine komplexe Herausforderung – sowohl für das Land selbst, als auch die internationale Gemeinschaft. In Liberia überwachen 15.000 UN-Blauhelme, dass die ehemaligen Warlords nicht mehr den Diamantenhandel kontrollieren können.

Aber soziale Ungerechtigkeit, Korruption und Umweltprobleme sind nach wie vor auf der Tagesordnung.

Einer der wichtigsten Mechanismen zur Verhinderung von Ressourcenkonflikten um Diamanten ist das Kimberley Prozess Zertifizierungssystem. Ausgehandelt von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und der Diamantenindustrie, zählt er



Große Mühe, wenig Ertrag. Es bleibt die Hoffnung auf den großen Fund.

Foto: Jolien Schure

mittlerweile 71 Mitgliedsstaaten und verpflichtet seit Januar 2003 Regierungen, den Ursprung von Diamanten zu zertifizieren und zu beglaubigen, dass sie nicht aus Konfliktzonen stammt.

Sierra Leone selbst hat vom Kimberley Prozess profitiert: Der Export stieg von 26 Millionen US-Dollar 2001 auf 142 Millionen US-Dollar 2005. Die jährliche Wachstumsrate steigerte sich in den vergangenen drei Jahren auf ein Rekordniveau von sieben Prozent. Die Europäische Kommission hat in 2007 den Vorsitz im Kimberley Prozess: „Von Konfliktdiamanten zu Wohlstanddiamanten“ lautet ihr Motto. Dies verweist auf ein Defizit des Kimberley-Prozesses, an dessen Behebung die Industriestaaten aktiv mitwirken müssten. Denn auch wenn der Handel mit Konfliktdiamanten ausgeschlossen wird – noch gibt es keine Garantie, dass zertifizierte Diamanten unter humanen Arbeitsbedingungen, transparent und ohne Menschenrechtsverletzungen gefördert wurden.

Was können die deutschen Konsumenten tun? Eine Vertreterin der Kampagne „Fatal Transactions“ regt an: „Achten Sie beim Kauf eines Diamanten auf einen eindeutigen Herkunftsnachweis!“ Die Kampagne „Fatal Transactions“ fordert eine faire und gerechte Nutzung natürlicher Rohstoffe als Beitrag für nachhaltige Entwicklung und Frieden. Es gilt der Diamantenindustrie zu verdeutlichen, dass nur wirklich konfliktfreie Diamanten von den Konsumenten akzeptiert werden – dazu kann auch jeder Käufer mit seinem Verhalten beitragen. ([www.fataltransactions.de](http://www.fataltransactions.de))

Marius Kabl, BICC

Die Abholzung der Regenwälder schreitet ungebremst fort, ob in Indonesien, in Brasilien, in Kanada oder im Kongo-Becken. Ungezählte Tier- und Pflanzenarten sind zum Aussterben verdammt. Indigene Völker, die mit und vom Wald leben, sind in ihrer kulturellen und physischen Existenz bedroht. Mit dem Wald schwindet der größte CO<sub>2</sub>-Speicher unseres Planeten und der Klimawandel wird angeheizt. Ursache für den Waldverlust sind der immense Papierverbrauch in den Industrieländern, die Umwandlung von Primärwäldern in Soja-, Eukalyptus- oder Ölpalm-Plantagen



EITI – ist ein politisches Instrument zur Erreichung des Zieles nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung durch Rohstoffförderung. Sie zielt ebenfalls auf die Veröffentlichung aller Zahlungen im Rohstoffsektor. Träger sind europäische Regierungen. Auch 20 rohstoffreiche Länder sind schon beigetreten.

www.eitransparency.org

und der legale und illegale Einschlag von Edelhölzern.

In keinem Land der Welt werden Wälder so schnell und krupellos abgeholzt wie in Indonesien. Nach Schätzungen stammen zwei Drittel des dort geschlagenen Holzes aus illegalem Einschlag. Auch vor Naturschutzgebieten wird nicht Halt gemacht. Ein engmaschiges Netz von Korruption zwischen Holz- und Papierkonzernen und staatlichen Behörden verhindern wirksame Kontrollen des Holzeinschlages. Undurchsichtige

# Piraterie im Regenwald

politische Zuständigkeiten forcieren die Piraterie im Regenwald. Staatliche Instanzen kommen ihrer Aufsichtspflicht zum Schutz der noch intakten Wälder nicht nach. Nur ein Drittel des gesamten jährlichen Holzverbrauchs der indonesischen Zellstoff- und Papierindustrie stammt aus Plantagen, für den Rest werden Regenwälder vernichtet.

Düngemitteln belastet wiederum Böden und Gewässer.

Deutsche Firmen erwirtschafteten in den vergangenen Jahren durch den Export von Maschinen für Zellstoff- und Papierwerke stattliche Gewinne. Ihr wirtschaftliches und politisches Risiko ließen sie sich von der EulerHermes Kreditversicherungs AG absichern, die im Auftrag

Zellstoff- und Papierbooms in Indonesien. Diese massiven finanziellen Unterstützungen haben den enormen Ausbau der Produktionskapazitäten auf Sumatra erst ermöglicht. 90 % des Zellstoffs für Primärfaser-Papier

stammt aus Importen. Jede/r Deutsche verbraucht rund 250 kg Papier pro Jahr. Wer Recyclingpapier statt Primärfaser-Papier nutzt, wer spart, indem er keine Werbung akzeptiert oder Stofftücher statt „Wisch und weg“ nimmt, tut aktiv etwas zum Schutz der Wälder weltweit und zur Rettung des Klimas.

Lydia Bartz/Knud Vöcking, urgewald



Der Holz hunger der Papierindustrie führt zum Kahlschlag

Foto: urgewald

Der Holz hunger der Zellstoff- und Papierindustrie lässt sich auch durch Plantagen nicht umweltverträglich stillen. Sie sind kein Ersatz für Naturwälder und bringen zahlreiche neue Probleme hervor. Die heimische Pflanzen- und Tierwelt kann darin nicht überleben, Bodenerosion nimmt zu. Monokulturen sind sehr anfällig für Krankheiten und Schädlinge. Der erhöhte Einsatz von Pestiziden und

der Bundesregierung handelt. Allein für Exporte an den größten indonesischen Zellstoffproduzenten APP übernahm Hermes in der letzten Dekade Ausfuhrgarantien im Umfang von 373 Mio. Euro.

Zahlreiche private und öffentliche Großbanken (z. B. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, KfW und einige Landesbanken) beteiligten sich an der Finanzierung des

## Wald ist keine Ware Vom Fluch des Ressourcenreichtums in Sibirien

Bomnak ist ein kleines Dorf irgendwo im russischen Amur-Gebiet nördlich der chinesischen Grenze. Die Einwohner sind Ewenken, Angehörige jenes Volks, das über gewaltige Territorien Nordeuropas und Chinas verstreut siedelt und aus dessen Sprache wir das Wort „Schamane“ übernommen haben. Der Wald ist ihre Nahrungsquelle, er gibt ihnen Einkommen, ist Teil ihrer Kultur. Russland ist ein „Brasilien des Nordens“. Nicht nur der schier Größe seiner Wälder wegen, sondern auch weil es in beiden Ländern zuallererst die Ureinwohner sind, deren physisches und soziales Überleben vom Fortbestand der Wälder abhängt.

Elena Kolessowa, Vorsitzende der regionalen Organisation der Ewenken ist verzweifelt. Reich ist ihr Land mit natürlichen Schätzen gesegnet - Gold, Buntmetalle, Steinkohle, Edelmetalle und Holz – doch diese entpuppen sich zusehends als Fluch. Rentierweiden sind zerstört, Flüsse vergiftet, Wälder kahlgelassen. Immer mehr Ewenken scheiden durch Selbstmord vorzeitig aus dem Leben – ein stiller

Protest gegen die Missachtung ihrer grundlegenden Rechte, wie Kolessowa meint.

Seit Ende 2006 erlaubt ein neues russisches Gesetz die Verpachtung von Waldgebieten an Investoren für bis zu 99 Jahre. Prompt vergab die Verwaltung an einen Unternehmer Jagdlizenzen für das gesamte Gebiet, in dem die Ewenken seit Jahrhunderten gejagt und ihre Rentiere geweidet hatten. Von einem auf den anderen Tag durften Sie ihr eigenes Land nicht mehr betreten und verloren ihren gesamten Lebensunterhalt. Ihre Proteste blieben ungehört. Weder die Staatsanwaltschaft noch der Apparat des Präsidenten reagierten auf ihre Hilferufe. So wie ihnen könnte es demnächst immer mehr Ureinwohnern Sibiriens gehen, denn die jüngste Gesetzesnovelle hat den Wald zu einer Ware reduziert, die nahezu beliebig handelbar ist. Die Ewenken des Amur werden den Kampf um ihr Land fortsetzen, denn sie haben keine andere Wahl. Doch eine Chance auf Erfolg haben sie nur, wenn sie mit ihrem Protest nicht allein bleiben.

Johannes Rohr, infoe

## Sudan – Frieden für Öl?

Der Sudan produziert pro Tag etwa 434.000 Barrel, was ihn zu Afrikas fünfgrößten Ölerzeuger macht. Die Besonderheit der Ölförderung im Sudan war, dass sie im Zentrum eines Kriegs und Angesichts brutalster Menschenrechtsverletzungen stattfand. Zehntausende kamen zu Tode, hunderttausende wurden vertrieben. Nutzen brachte es nur Wenigen. Die Verwendung billiger

legendsten Umwelt- und Sozialstandards. Dadurch beweist die Ölindustrie eine augenfällige Missachtung des CPA, das verlangt, dass die Industrie sich an den bestmöglichen internationalen Standards orientiert und Menschen entschädigt werden, die unter den Geschäftsaktivitäten leiden.

Die Ölgesellschaften und ihre Heimatregierungen, die sudanesischen Behörden sowie die nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen sicherstellen, dass die Ölindustrie im Sudan dem Erfolg der Friedensvereinbarung dient.

Der Frieden des Sudans ist verwundbar und Öl ist eine entscheidende Macht im Land. Die Friedensvereinbarung gibt einen festen Rahmen für die Ölindustrie vor. Ihre Einnahmen sollen fair geteilt werden, soziale und

Umweltstandards geachtet werden. Aber die Ölfirmen ignorieren diese Vereinbarung völlig. Das wird auch so bleiben, es sei denn, die Ölindustrie wird transparenter, verantwortungsvoll und verantwortlich bewirtschaftet. Die Kampagne „von tödlichen Geschäften zu fairen Geschäften“ soll sicherstellen, dass Bodenschätze eine Macht für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung sind.

Letztlich hängt die nutzbringende Verwendung des Öls im Sudan von demselben Faktor ab, wie ein gerechter und anhaltender Frieden: Wird das CPA wirklich umgesetzt? Wenn ja dann trägt Erdöl zu diesem gerechten und anhaltenden Frieden bei. Wenn nicht, dann wird Öl zum Treibstoff für die Wiederkehr des Krieges und seines unbeschreiblichen Elends.

Evelien Weller, ECOS



Ölleck im Niger Delta

Foto: Axel Müller, MISEREOR

## Nigeria

# Reich und doch arm

1956 wurde in Nigeria der erste Tropfen Erdöl gefördert. Seither hat das „Schwarze Gold“ dem Land schätzungsweise 400 Milliarden US\$ eingebracht. Doch trotz dieses natürlichen Reichtums und den enorm hohen Einnahmen zählt das Land heute zu den ärmsten der Welt. Über die Jahre sind Milliarden von Petrodollars im Sumpf der Korruption verschwunden.

Regierung, internationale Konzerne, deren Subunternehmen, aber auch Milizen einzelner Volksgruppen und kriminelle Banden wollen von den Petrodollars profitieren. Dabei gehen sie oft völlig skrupellos vor. Täglich kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen. Insbesondere im Nigerdelta, der Hauptölförderregion, zeigen sich die negativen Auswirkungen. Die Erdölförderung verursacht gravierende ökologische Schäden. Sie entzieht den Menschen die Lebensgrundlage und löst gewalttätige Konflikte aus.

Leidtragende sind die im Niger Delta wohnenden Menschen. Vom Reichtum konnten sie bislang nicht profitieren, im Gegenteil. Dort, wo die Betroffenen sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage wehren und für eine entwicklungsgerechte Verteilung der Einnahmen und die Achtung ihrer Menschenrechte einsetzen, werden sie oft bedroht, politisch verfolgt oder gar umgebracht. Seit 50 Jahren ist die Erdölförderung in Nigeria eher ein Fluch als ein Segen. Alle involvierten Akteure müssen die beschriebenen Probleme gemeinsam angehen. Für

Nigeria wächst die Herausforderung derzeit noch. In den kommenden Jahren sollen sich die Fördermengen

### Konfliktmanagement

Austin Onuoha lebt in Warri, eine Erdölstadt im Niger Delta und arbeitet für das „Centre for Social and Corporate Responsibility“ (CSCR), das sich seit langem für eine Verbesserung der katastrophalen Verhältnisse im Niger Delta einsetzt. Austin Onuoha hat gelernt, wie Konflikte konstruktiv gelöst werden können. Er steht dazu in direktem Kontakt mit den betroffenen Gemeinden wie auch mit den Erdölunternehmen und tritt als Vermittler und Mediator auf. Er bringt z.B. Manager der Ölfirma Chevron und zornige Jugendliche zusammen. Bei solchen Treffen lernen beide Seiten viel voneinander. Z. B. dass die Ölförderung im Niger Delta nur eine Zukunft hat, wenn beide, Erdölfirmen und Bevölkerung sie gemeinsam wollen und davon auch profitieren.



verdoppeln. MISEREOR unterstützt kirchliche und nichtkirchliche Organisationen, die den Dialog zwischen der Bevölkerung, den Konzernen und Politikern fördern. Ziel ist die gerechte Teilhabe der Menschen am Ressourcenreichtum.

Axel Müller, Misereor/AGEH

### Das Tschad/Kamerun Erdölprojekt

Seit 1996 unterstützen deutsche Organisationen die Menschen, die von der Erdölförderung im Tschad und dem Bau einer Pipeline an die Atlantikküste Kameruns betroffen sind. Dies geschieht durch Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Lobbyarbeit bei der Bundesregierung und bei den Internationalen Finanzinstitutionen. Immer in engem Zusammenwirken mit lokalen Partnergruppen in Tschad und Kamerun.

www.erdoel-tschad.de  
Die Arbeit der AG finanziert von Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor und Eirene. Träger: Eirene Deutscher Zweig e.V.

ger und veralteter Technik verursachte ungeheure Umweltschäden.

Im Januar 2005 brachte die umfassende Friedensvereinbarung (CPA) ein Ende des Kriegs zwischen der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) und der Regierung des Sudan. Der Ölindustrie gab dies die Chance, eine Kraft für Frieden und gerechte Entwicklung zu werden. Aber sie missachtete weiter die grund-

ILO 169

## Rechte indigener Völker



Foto: A. Builow, RAIPON

Indigenen Völkern wird durch die Folgen der Erdölförderung, Bergbau oder Holzeinschlag häufig ihre Lebensgrundlage entzogen. Menschenrechte werden verletzt, soziale Strukturen und Kulturen zerstört. Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kann Schutz bieten. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, diese Konvention zu ratifizieren. Die Gründe scheinen wenig stichhaltig. Wenn es der Bundesregierung ernst ist, Menschenrechte als Querschnittsthema ihrer Politik zu begreifen, sollte sie dieses Versäumnis korrigieren. [www.iilo169.de](http://www.iilo169.de)

Corporate Social Responsibility / CSR

## Soziale Verantwortung von Unternehmen

CSR soll Unternehmen ermutigen, auf freiwilliger Basis soziale und ökologische Belange in ihre Unternehmenstätigkeit zu integrieren. So sagt es die EU-Kommission in ihrer Mitteilung 136 vom März 2006. CSR geht über gesetzliche Mindestanforderungen hinaus, um gesellschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Im Zeitalter der Globalisierung verfügen viele Transnationale Konzerne über eine größere politische Verhandlungsmacht als so mancher Nationalstaat. Sie beeinflussen das Leben von Milliarden Menschen. CSR bedarf schon deshalb der Ergänzung durch „Corporate Accountability“, der Rechenschaftspflicht von Unternehmen. Nur so können alle an den gleichen Maßstäben gemessen werden. CSR – zu der internationale Initiativen wie der Global Compact und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zählen – weisen in die richtige Richtung, reichen allein aber nicht aus.

Der UN Sonderbeauftragte für das Thema „Wirtschaft und Menschenrechte“ trägt dabei besondere Verantwortung. 2008 soll sein Abschlussbericht vorliegen. Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen – darunter zahlreiche Partnerorganisationen von Misereor und Brot für die Welt – haben ihn aufgefordert, einen Beitrag zur Entwicklung einer international verbindlichen Rahmenregelung zur Unternehmensverantwortung zu leisten. Schon 1999 heißt es im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen: Die Tätigkeit von Transnationalen Konzernen ist zu wichtig, um sie allein freiwilligen Verhaltensregeln zu überlassen. Es wird höchste Zeit, diese Empfehlung umzusetzen. [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org)

Elisabeth Strohscheidt, Misereor

Elisabeth Strohscheidt, Misereor

### Forderungen an Bundesregierung und Wirtschaft

- Aus Erfahrung lernen!
  - „Konfliktrohstoffe“ bannen!
  - Transparenz fördern – Korruption bekämpfen!
  - Menschen in Gefahr brauchen unbürokratische Hilfe!
  - Investitionen in nachhaltige Entwicklung!
  - Soziale und ökologische Belange verbindlich regeln!
- mehr zu den Forderungen unter [www.pecojon.de/rohstoffe](http://www.pecojon.de/rohstoffe)

Fortsetzung von Seite 1: Interview mit Bundespräsident Horst Köhler

## Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Zertifizierung

Afrika südlich der Sahara hat nur ein Zehntel der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität. Besonders betroffen sind Menschen in ländlichen Gebieten. Da der Ausbau des Stromnetzes in entfernte Regionen häufig die finanziellen Möglichkeiten übersteigt, ist der Einsatz dezentraler, erneuerbarer Energiequellen eine überfällige Maßnahme. Der Einsatz traditioneller Energiequellen, vor allem das Abholzen von Wäldern zur Gewinnung von Feuerholz, verursacht in Afrika großen Schaden. Die Förderung regenerativer Energien kann zudem den negativen Folgen vorbeugen, die eine unkontrollierte Ausbeutung von Rohstoffen auf Mensch und Umwelt haben. Damit wird auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Fortsetzung von Seite 1:

### Profitstreben schadet allen

Bedeutung gewonnen. Sie erleichtert den Zugang zu Informationen, die wir und unsere Partner für die politische Auseinandersetzung brauchen.

Freiwillige Verpflichtungen können nur erste Schritte sein. Weitere müssen folgen. Regeln für Unternehmensverantwortung im Rohstoffbereich müssen rechtsverbindlich sein. Finanztransaktionen mit veruntreutem Geld und der illegale Waffenhandel müssen unterbunden werden. Dahin kommen wir aber nicht, wenn die kostengünstige Rohstoffversorgung unserer Wirtschaft grundsätzlich Vorrang hat vor Entwicklung, Krisenprävention und

guter Regierungsführung in den Rohstoffländern. Die Bundesregierung formuliert in ihrer Rohstoffstrategie, dass diese „ökonomischen, sozialen und umweltpolitischen Notwendigkeiten gleichermaßen genügen muss“. Daran ist sie zu messen. In den Vorbereitungen zur Abschlusserklärung des G8 Gipfels dominieren bisher die Strategien, die den global agierenden Unternehmen freien Zugang zu Rohstoffen sichern sollen. Nachhaltige Entwicklung erscheint dort als Kür und nicht als Pflicht.

Die afrikanischen Länder können auf ihre Einnahmen aus dem Abbau und Export von Rohstoffen nicht verzichten. Dabei muss es – wie gesagt – darum gehen, dass diese Einnahmen für die Armutsbekämpfung genutzt werden. Das Beratungs- und Fördermandat der Internationalen Finanzinstitutionen sollte sich auch hier bewähren. *Was kann Deutschland zur Unterstützung von Reformen für mehr Rechtsstaatlichkeit und Transparenz in Afrika tun?*

**Bundespräsident Köhler:** Zunächst einmal sollten wir jene Reformansätze unterstützen, die in Afrika selbst entwickelt worden sind. Dass die Afrikanische Union für den eigenen Kontinent mit dem Prinzip der Nichteinmischung gebrochen hat und

bereit ist aktiv zu werden, wenn in einem afrikanischen Land schlimme Verbrechen geschehen, stimmt mich hoffnungsvoll. Auch die Einrichtung des African Peer Review Mechanism als afrikanischer Mechanismus zur Selbstbegutachtung und Selbstkontrolle ist ein wichtiger Schritt hin zu besserer Regierungsführung und mehr Transparenz. Es ist jetzt wichtig, dass die teilnehmenden Länder selbst einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die festgestellten Mängel und Defizite führen. Wir können diesen Prozess mit Fachwissen und auch mit Geldmitteln unterstützen. Die Initiative muss jedoch von den afrikanischen Partnern selbst ausgehen.

*Welchen Beitrag können deutsche Nichtregierungsorganisationen dazu leisten?*

**Bundespräsident Köhler:** Meine afrikanischen Gesprächspartner haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Einbindung der afrikanischen Zivilgesellschaft in diese Mechanismen ein wichtiger Faktor für ihre Glaubwürdigkeit ist. Afrikanischen Nichtregierungsorganisationen fehlt es aber zuweilen an der dafür notwendigen Erfahrung. Hier sehe ich Bedarf für Beratung und Unterstützung auch durch deutsche Nichtregierungsorganisationen. Allerdings muss auch für Nichtregierungsorganisationen gelten, was für die Zusammenarbeit insgesamt gilt: wir müssen afrikanische „ownership“ für Rechtsstaatlichkeit und Transparenz unterstützen.

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von „Brot für die Welt“

Die Fragen stellten Susanne Heinke und Martin Zint.

## „Im Schatten des Bohrturms“ – Programm-Highlights

Aktions- und Informationsstand in Halle 2.2. beim 31. Evangelischen Kirchentag in Köln

**Donnerstag, 7. Juni, 14 Uhr**

Vorstellung einer neuen Studie: „Mehr Transparenz für mehr Entwicklung“ mit David Ugolor (Nigeria) und Delphine Djiraibe (Tschad)

**Donnerstag, 7. Juni, 18 Uhr**

Forumtheater – eine Mitmach-Aktion von EIRENE Deutscher Zweig

**Freitag, 8. Juni, 13 Uhr**

Ute Koczy, MdB, Bündnis90/Grüne berichtet von einer Reise zum Tschad/Kamerun Erdölprojekt

**Freitag, 8. Juni, 10:30 Uhr**

Andreas Zumach, diplomatischer Korrespondent der taz bei der UNO, stellt sein aktuelles Buch: „Die kommenden Kriege – Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn“ vor

**Samstag, 9. Juni, 13 Uhr**

Gespräch mit Dr. Christian Ruck, MdB, CDU/CSU zum Thema: „Rohstoffversorgung nachhaltig gestalten“.

**Weitere Veranstaltungen** zu wechselnden Themen, täglich Donnerstag,

**Freitag, Samstag: 10:30 Uhr, 13 Uhr,**

**14:30 Uhr und 18 Uhr**

Das genaue und aktualisierte Programm kann unter [www.pecojon.de/rohstoffe](http://www.pecojon.de/rohstoffe) abgerufen werden.



**Samstag, 9. Juni, 11 – 13 Uhr**

Köln, Rheinparkhalle 2

„Öl der Armut“

Podiumsdiskussion mit Rev. David Ugolor (Nigeria), John O'Reilly (London), Manfred Konukiewicz (BMZ), Präses Schneider (Düsseldorf) u. a.

Amnesty International, Ko-Gruppe Tschad + Ko-Gruppe Kamerun, kümmert sich seit über zehn Jahren darum, dass bei der Ölförderung im Tschad die Menschenrechte geachtet werden. [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)



BICC (Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn) fördert Frieden und Entwicklung. Anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Capacity Building sind die Arbeitsgebiete. [www.bicc.de](http://www.bicc.de)



Brot für die Welt, die evangelische Entwicklungsorganisation, leistet Hilfe zur Selbsthilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika. [www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)



ECOS (Europäische Koalition zu Öl im Sudan) ist ein Netzwerk von über 80 europäischen Organisationen, die für Friedens- und Menschenrechte im Sudan arbeiten. [www.ecosonline.org](http://www.ecosonline.org), [www.fataltransactions.org](http://www.fataltransactions.org)



Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) berät seine internationalen Partner, unterstützt sie finanziell und vermittelt Fachleute in Projekte nach Übersee. [www.eed.de](http://www.eed.de)



EIRENE Deutscher Zweig e.V. ist das deutsche Mitglied des Internationalen Christlichen Friedensdienstes EIRENE. [www.eirene-deutschland.org](http://www.eirene-deutschland.org)



Germanwatch engagiert sich für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen – und konzentriert sich auf Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Das Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie / infoe

unterstützt indigene Völker (Ureinwohner) bei der Verteidigung ihrer Menschenrechte und natürlichen Lebensgrundlagen. [www.infoe.de](http://www.infoe.de)

Initiative Tchad Future (ITF)

Tschadische Exilanten und Deutsche engagieren sich für eine zukunfts-fähige Entwicklung im Tschad und in Deutschland – ökologisch, kulturell und politisch. [www.tchad-future.org](http://www.tchad-future.org)



lernen-helfen-leben e.V.

unterstützt seit 1988 Partner in Tschad und Nigeria im Bereich „Bildung“ und „Erneuerbare Energien“. Schwerpunkte: Förderung von Frauen und der Aspekt der Nachhaltigkeit. [www.kwaku.de](http://www.kwaku.de)



MISEREOR, das Hilfswerk der katholischen Kirche, hilft den Ärmsten der Armen. Gemeinsam mit einheimischen Partnern unterstützen wir Menschen jedes Glaubens, jeder Kultur, jeder Hautfarbe. [www.misereor.de](http://www.misereor.de)



PECOJON

Das Peace and Conflict Journalism Network fördert konfliktsensitiven Journalismus und demokratische, freie Medien. [www.pecojon.de](http://www.pecojon.de)



Künstlerische Gestaltung des Kirchentagsstandes

Eugen Schütz, Illingen/Württ., agenda-Künstler, gestaltet Skulpturen aus Holz und Stahl zur Begegnung Europas mit Afrika. [www.kwaku.de](http://www.kwaku.de)

Urgewald

Als „Anwälte für Umwelt- und Menschenrechte“ beeinflussen wir Wirtschaft und Politik mit Argumenten und Aktionen. [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)



Impressum:

**Herausgeber:** Aktionsbündnis Rohstoffe für eine gerechte Welt  
V.i.S.d.P.: Martin Zint  
Medienbüro Zint, Alleestraße 37, 64367 Mühlthal  
**Redaktion:** Susanne Heinke, BICC  
Martin Zint für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. für die Aktion „Brot für die Welt“  
**Layout:** Schwarz auf Weiß, Darmstadt  
**Auflage:** 80.000, Beilage zur bundesweiten Ausgabe der taz am 5. Juni 2007  
**Redaktionsschluss:** 23. Mai 2007